



Notizen zur Zuger Kantonsrats-Sitzung 27. Aug. 2020

Kantonsratssitzung vom 27. August 2020: Homeoffice – bitte nicht mehr staatliche Eingriffe; Corona-Hilfsmassnahmen – sowohl Soziales wie auch Steuersenkung; Ladenöffnungszeiten – Lösung noch umstritten; Bildung – mehr Flexibilität für Gemeinden in Führung der Oberstufe.

Folgend meine persönlichen Notizen zur KR-Sitzung:

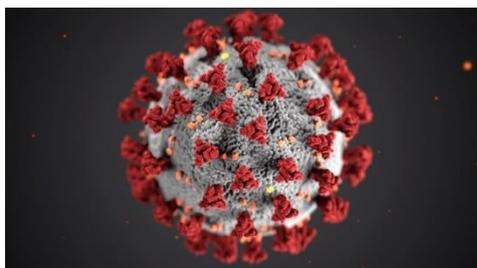
A) Homeoffice – soll Kanton fördern?

Wie viel staatliche Eingriffe braucht es? Da gehen die Ansichten der FDP und der ALG generell weit auseinander. Ein weiteres Beispiel dazu ist die Förderung von Homeoffice. Die ALG-Politiker sind der Meinung, die Zuger Regierung müsse Unterstützungen von Unternehmen und Angestellten zur Förderung von Homeoffice ausarbeiten. In einem Postulat fordern sie öffentliche Co-Working Spaces in Quartieren und staatliche Beratung für psychosoziale Risiken oder Digitalisierung. Ich bin überzeugt, dass die Unternehmen schon weit sind dies besser ohne Staat können. Für die FDP-Fraktion zeigte Adrian Moos die rote Karte und beantragte die Nicht-Überweisung. Da es dazu zwei Drittel der Stimmen braucht, ist dies generell schwer zu erreichen. Entsprechend erreichten wir das Quorum nicht, konnten jedoch schon mal einen Marker setzen, damit die Regierung in der Beantwortung kritisch agiert.



B) Corona-Massnahmen – ausgewogen, auch Steuersenkung

Der grosse Brocken der Corona-Massnahmen des Kantons Zug wurden bereits in der Kantonsratssitzung Ende Juni behandelt. Vorteilhaft ist die sehr gute finanzielle Lage des Kantons. Dadurch konnte ein breites Massnahmenpaket aufgelegt werden. Die meisten Massnahmen wurden vom Rat durchgewunken. Heute standen noch die zweite Lesung von Gesetzesänderungen zur finalen Entscheidung. Ohne nochmalige Debatte beschlossen wir die Ausweitung der individuellen Prämienverbilligung der Krankenkassen, die Kreditausfallgarantie für Corona-Kredite und das Mitmachen beim Bürgschaftsprogramm des Bundes für Startup-Kredite.



Richtigerweise hat der Regierungsrat als Teil des Gesamtpaketes auch Massnahmen im Steuerbereich aufgelegt. Es beinhaltet eine befristete Erhöhung der Kinderabzüge, der allgemeinen Abzüge und des Mieterabzuges, sowie eine moderate, auf drei Jahre befristete Senkung des Kantonssteuerfusses von 82% auf 80%. Profiteure davon sind sowohl tiefe Einkommen wie auch hohe Einkommen. Den Haushalten steht dadurch etwas mehr Geld zur Verfügung, was mittelfristig einen kleinen Konjunktur-Effekt haben kann. In der zweiten Lesung liefen die Linken mit den alt bekannten Argumenten nochmals Sturm dagegen. Die Logik ist einfach: ihre Klientel zahlt

wohl überwiegend keine Steuern. Sie vergessen leicht, dass das Gesamtpaket auch soziale Massnahmen wie mehr Prämienverbilligungen beinhaltet und diese von jenen die Steuern zahlen finanziert werden. Sie scheiterten klar, es stimmten 53 für und 18 gegen die Steuersenkungen.

C) Ladenöffnungszeiten – Initiative der Jungfreisinnigen

Die Jungreisinnigen haben erfolgreich Unterschriften für eine Gesetzesinitiative für flexiblere Ladenöffnungszeiten gesammelt. Sie wollen wochentags bis 20 Uhr statt 19 Uhr und samstags bis 18 Uhr statt 17 Uhr. Der Regierungsrat stellt dem einen weitergehenden Gegenvorschlag gegenüber. Er will eine vollständige Liberalisierung im Rahmen des Bundesgesetzes, also Montag - Samstag bis 23 Uhr. Das macht es kompliziert für den Kantonsrat. Stimmt er der Initiative zu, so ist diese Gesetzesinitiative beschlossen und es kommt nicht zu einer Volksabstimmung inklusive Gegenvorschlag. Sollen Initiative und Gegenvorschlag vors Volk, so muss er die Initiative ablehnen und dem Gegenvorschlag zustimmen. Ob jedoch der Gegenvorschlag genügend Zustimmung erhält ist unklar. So kam es nun in der ersten Lesung so, dass die Initiative aus taktischen Überlegungen der CVP abgelehnt wurde und der Gegenvorschlag knapp kein Mehr gefunden hat. Im Oktober folgt die zweite Lesung, wo die Karten nochmals neu gemischt werden. Die Taktiker haben zwei Monate Zeit zur Vorbereitung.

Für eine höhere Flexibilisierung sprechen die Stärkung des Detailhandels gegenüber den Online-Anbietern und das geänderte Konsumverhalten mit vielen Doppelverdienern und Pendlern. Die Gegner befürchten eine Benachteiligung der Angestellten und der kleinen Läden. Für mich überwiegen die Argumente einer höheren Flexibilisierung. Ich denke auch kleinere Läden können so flexibler auf die Bedürfnisse der Kunden eingehen und beispielsweise nach dem Mittag erst um 15 Uhr wieder öffnen und dafür länger am Abend. Es wird so auch einfacher, abends innovative Kundenanlässe durchzuführen.



D) Bildung – mehr Flexibilität für Oberstufe

Die FDP-Fraktion des Kantonsrates hat aufgrund der positiven Erfahrungen der Oberstufe Oberägeri eine Motion eingereicht. Die Fächer Mathematik, Englisch, Französisch und Deutsch werden bereits jetzt an der Oberstufe in allen Gemeinden schulartenübergreifend als Niveaurokurse mit unterschiedlichen Leistungsanforderungen (A und B) geführt. Starke Real-Schüler können bei entsprechender Leistung beispielsweise den Mathe-Unterricht mit den Sek-Schülern bestreiten – und umgekehrt. Die FDP verlangt, dass wenn die Schülerzahlen zwischen Real und Sek zur Bildung von sinnvollen Klassengrössen nicht aufgehen, einzelne Klassen auch in den Nicht-Niveaufächern



gemischt werden können (z.B. Sport, Technisches Gestalten, Geschichte). Aufgrund der geringen Anzahl Schüler*innen haben Oberägeri und Neuheim dazu eine Ausnahmegewilligung. Sie beurteilen das Modell pädagogisch als gleichwertig.

Der FDP ist es wichtig, dass es allen Gemeinden freisteht, ihre Sekundarstufe gemäss den lokalen

Gegebenheiten zu führen und entsprechend bei Bedarf die Schularten zu kombinieren. Im Grundsatz werden Sek- und Real-Klassen getrennt bleiben. Nur punktuell bei Bedarf wird die Mischung angewendet werden. Acht von elf Gemeinden äusserten Interesse an dieser flexibleren Lösung. Da die Schüler*innen sowieso die Niveaufächer absolvieren, bedeutet die Flexibilisierung keinen Schritt in Richtung einer Einheitsschule. Dies wäre nicht im Sinne der FDP, denn wir stehen für eine qualitativ starke Oberstufe ein: Qualität in Real, Sek und Gymnasium. Diese FDP-Motion erhielt im Kantonsrat grosse Zustimmung. Nun wird das Schulgesetz entsprechend angepasst. Dies freut mich besonders, da ich diese Motion in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Bildung der FDP erarbeiten durfte.

Fazit: Die Entscheide der heutigen Sitzung waren zumeist in meinem Sinne. Die Abarbeitung des Staus von Motionen, Postulaten und Interpellationen schreitet voran, wenn auch langsam. Wir versuchen seitens der FDP gewisse Vorstösse, die überhaupt nicht auf unserer Linie liegen und später eh nicht durchkommen werden, frühzeitig abzuklemmen. Aufgrund des dazu notwendigen hohen Quorums ist dies schwer, und so beschäftigen wir uns im Rat zu einem rechten Teil mit Vorstössen ohne Erfolgchance. In den nächsten Monaten wird der Kantonsrat weiter nicht im traditionellen Saal im Regierungsgebäude tagen, sondern die Dreifachturnhalle der Kanti in Anspruch nehmen. Mit Abstandsregeln ist der Kantonsratssaal zu eng. Es tut mir leid für die Kantischüler, die dann bei Schlechtwetter Einschränkungen im Sportunterricht haben. Zu überlegen ist, ob es im Kanton nicht andere genügend grosse Säle als Alternative für den Kantonsrat gibt, wie beispielsweise die Ägerihalle in Unterägeri.

Herzliche Grüsse



Peter Letter

Kantonsrat

peter.letter@quickline.ch;
www.facebook.com/letter.peter